

Finanznot der Kommunen

München spart bei den Wohnungslosen

21. Juli 2025, 16:23 Uhr | Lesezeit: 2 Min.

Wegen leerer Kassen stoppt die Stadt den Bau von Apartmenthäusern für Menschen ohne eigene Bleibe – und verfehlt ihr selbst gestecktes Ziel von 5000 neuen Plätzen deutlich. Im Stadtrat gibt es Proteste.

Von Sebastian Krass

Die Haushaltsnot der Stadt trifft nun auch die Wohnungslosen: München stellt den Neubau von Flexiheimen, also Apartmenthäusern für Menschen ohne eigene Bleibe, ein. Die Stadt verabschiedet sich damit vom eigenen Ziel, 5000 neue Flexiheim-Plätze zu schaffen. Das geht aus einer Antwort des Sozialreferats auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke/Die Partei hervor.

In fünf großen Baugebieten, etwa in Neufreimann oder der Riemer Messestadt, hatte das Referat demnach fünf weitere Flexiheime mit 700 bis 750 Plätzen angemeldet. Aktuell aber, teilt Sozialreferentin Dorothee Schiwy mit, stünden „keine Fördermittel mehr für das kommunale Flexiheim-Programm zur Verfügung“. Deshalb habe man die „Bedarfsmeldungen“ für jene fünf Projekte „zurückgezogen“. Erst wenn die Haushaltslage sich wieder entspanne, werde man dem Stadtrat vorschlagen, das Flexiheim-Programm wieder aufzunehmen, und zugleich neue Fördermittel beantragen.

Im Jahr 2015 hatte der Stadtrat das Ziel beschlossen, binnen zehn Jahren 5000 Flexiheim-Plätze zu schaffen. Zum Ablauf dieser Frist fertiggestellt sind 1200 Plätze an neun Standorten. 680 weitere sind laut Schiwy im Bau oder so weit geplant, dass sie mit den noch vorhandenen Mitteln fertiggestellt werden können. Somit bleibt es vorerst bei etwa 1880 Plätzen. Selbst mit den fünf nun gestoppten Projekten hätte die Stadt aber nur ungefähr die Hälfte ihres 5000er-Ziels erreicht.

Flexiheime sind gedacht als vorübergehende Unterkünfte. In ihnen gibt es Apartments mit eigener Kochnische und einem kleinen Bad sowie Gemeinschaftsräumen. Die Stadt richtet die einzelnen Heime auf unterschiedliche Zielgruppen aus: Einzelpersonen, Paare, Familien, Alleinerziehende, anerkannte Geflüchtete oder junge Erwachsene, die aus der stationären Jugendhilfe kommen. Oft leben die Menschen nicht nur vorübergehend, sondern über lange Zeit in Flexiheimen, weil sie auf dem regulären Wohnungsmarkt keine Bleibe finden.

Angesichts der neuen Zahlen zu Flexiheimen greift der Fraktionsvorsitzende von Die Linke/Die Partei, Stefan Jagel, die grün-rote Rathauskoalition in scharfen Tönen an: „Erst schlecht geplant, dann nicht mal das umgesetzt, und jetzt alle weiteren Projekte stoppen – das ist eine Katastrophe“, sagte Jagel am Montag in einer Pressemitteilung.

Er macht darauf aufmerksam, dass das Amt für Wohnen und Migration, das zum Sozialreferat gehört, Ende Mai 11 133 akut wohnungslose Menschen in München gezählt habe. „Viele Menschen fallen in die Wohnungslosigkeit, obwohl sie ein geregeltes Einkommen haben“, erläutert Jagel. Deshalb müsse der Bau von Unterkünften für Wohnungslose „absolute Priorität haben“, das aber sei „der grün-roten Koalition nicht sehr wichtig“.

„In München muss niemand im Freien schlafen“, sagt die Dritte Bürgermeisterin Münchens Dritte Bürgermeisterin Verena Dietl (SPD), die für den Bereich Soziales zuständig ist, hält dagegen: „In München muss niemand im Freien schlafen.“ Es gebe „ein breit gefächertes Angebot“ für wohnungslose Menschen, das die Stadt auch weiter ausbaue, betont Dietl. „Die genannten 11 133 Personen sind alle in unserem Wohnungslosensystem untergebracht.“ Dazu gehören auch private Beherbergungsbetriebe und Notunterkünfte, die allerdings deutlich niedrigere Standards bieten als Flexiheime.

Sozialreferentin Schiwy ist in ihrer Antwort auf die Anfrage der Linken bemüht, das zehn Jahre alte Ziel von 5000 neuen Heimplätzen neu einzuordnen. Das Ziel sei damals auch deshalb so hoch gesteckt worden, weil viele privat betriebene Herbergen in einem schlechten Zustand gewesen seien. Das habe sich seither aber verbessert. Außerdem seien neben Flexiheimen auch weitere neue Angebote für Menschen mit schwieriger Wohnsituation entstanden, darunter das Erwerbstätigenhaus am Hohenzollernplatz und ein Haus für junge Erwachsene an der Dantestraße.

Die fünf Flächen, die nicht mehr mit Flexiheimen bebaut werden, sollen nach Schiwys Worten nun daraufhin untersucht werden, ob dort regulärer Wohnraum mit gedeckelten Mieten entstehen kann.

Bestens informiert mit SZ Plus – 4 Wochen für 0,99 € zur Probe lesen. Jetzt bestellen unter: www.sz.de/szplus-testen

URL: www.sz.de/li.3286006

Copyright: Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH

Quelle: SZ

Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über Süddeutsche Zeitung Content. Bitte senden Sie Ihre Nutzungsanfrage an syndication@sueddeutsche.de.